

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die zurückliegende Sitzungswoche des Hessischen Landtags endete mit der Ankündigung des Ministerpräsidenten, anders als zuvor entschieden, die Schülerinnen und Schüler ab der Klasse 7 vor den Osterferien nicht in den Präsenzunterricht zurückkehren zu lassen.

Das kann man Ministerpräsident Bouffier nicht zum Vorwurf machen, denn niemand käme angesichts der rasant steigenden Infektionszahlen auf die Idee, jetzt die Schulen für den Präsenzunterricht zu öffnen. Was man ihm allerdings vorwerfen kann, ist eine vertane Chance: Vor drei Wochen hätte es die Gelegenheit gegeben, die Klassen 7 bis 11 im Wechselunterricht wieder näher an den normalen Unterrichtsbetrieb zu binden. Das wären drei Wochen weniger Lernlücken gewesen. Aber die Landesregierung war zu dieser Zeit für den Wechsel-

unterricht, wie wir ihn seit Monaten fordern, nicht bereit.

Jetzt muss der Kultusminister vor den Osterferien eine klare und verlässliche Aussage treffen, wie es nach den Ferien weitergehen soll: Bleibt es bei dem Plan für Präsenzunterricht in den Grundschulen und Wechselunterricht für alle anderen? Oder sollen auch die Klassen 1 bis 4 im Wechselmodell unterrichtet werden? Die Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern und die Lehrkräfte haben ein Recht auf Planbarkeit und Verlässlichkeit anstelle des kurzfristigen Hin-und-Her der vergangenen Wochen und Monate.

Bis dahin können Sie auf den folgenden Seiten lesen, welche Themen uns in der Plenarwoche im März beschäftigt haben.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre Nancy Faeser

VERSPRECHEN, VERSÄUMEN, VERSAGEN

REGIERUNGSERKLÄRUNG



Nancy Faeser hat in der Aussprache zu der Regierungserklärung zur Lage Hessens in der Corona-Pandemie der Landesregierung schwere Versäumnisse bei der Bekämpfung der Pandemie vorgeworfen. „Je länger die Pandemie dauert, umso mehr gerät die Landesregierung aus dem Tritt. Ob bei der Organisation der Impfkampagne, bei der Vorbereitung auf die kostenlosen Schnelltests, bei der Öffnung der Schulen, bei

der Unterstützung der krisenbeutelten Wirtschaftsbranchen – überall erweisen sich die Zuständigen im schwarz-grünen Kabinett als Minderleister. ‚Versprechen – Versäumen – Versagen‘ wäre die bessere Überschrift für Bouffiers Regierungserklärung gewesen“, erklärte Faeser. Sie kritisierte, dass der Start der Corona-Impfungen in Hessen wegen organisatorischer Mängel chaotisch verlaufen sei. „Das hat die Bereitschaft zum Impfen beschädigt und es hat die Menschen verärgert und verunsichert“, so die Fraktionsvorsitzende. Nicht geliefert habe die Landesregierung auch in der Frage der Selbsttests und der kostenfreien Schnelltests, die Teststrategie sei unverändert widersprüchlich und unklar: „Der Weg zurück zur Normalität geht über das Impfen

und das Testen. Es ist bitter, dass diese Landesregierung weder das eine noch das andere organisiert bekommt.“ Das gelte auch für die Schulen und Kitas, die mit Hilfe einer schlüssigen Teststrategie und einer erfolgreichen Impfkampagne zu den sichersten Orten des Landes gemacht werden müssten. Faeser forderte zweimal in der Woche Tests in allen Kitas und Schulen und eine schnelle Impfung der Beschäftigten. Eine besondere Gefahr für die Zukunft stelle das Fehlen einer wirksamen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik dar: „Statt um jeden Betrieb und um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen, überlässt Schwarzgrün die Gastronomie, die Hotellerie, die Veranstaltungsbranche und die Einzelhändler ihrem Schicksal. Das beschädigt den Wirtschaftsstandort Hessen auf Dauer“, sagte Faeser.

AUFKLÄRUNG ALLER TATUMSTÄNDE

Welche Konsequenzen müssen aus dem rassistischen Anschlag von Hanau gezogen werden? Wie können Rassismus und Rechtsextremismus bekämpft werden? Um diese Fragen ging es in der Plenardebatte zum SPD-Setzpunkt. „Rechtsextreme haben ein klares Ziel: Sie wollen unsere freie, offene und vielfältige Gesellschaft und unsere Demokratie zerstören. Dem müssen wir Einhalt gebieten, indem wir als Demokraten zusammenstehen“, erklärte Nancy Faeser. Sie bedauere, dass es im Landtag nicht gelungen sei, sich überparteilich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. „Die Koalition hat darauf

bestanden, sich in jedem gemeinsamen Papier ausschweifend für ihre angeblichen Leistungen im Kampf gegen den Rechtsextremismus selbst zu loben. Das erschien uns unangebracht und unangemessen angesichts des Leids, das der Anschlag über so viele Menschen gebracht hat“, so Faeser. Erforderlich seien wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, wie sie die SPD-Fraktion in ihrem 15-Punkte-Papier beschrieben habe. Erforderlich sei aber auch eine schonungslose Aufklärung aller Tatumstände. „Ohne eine umfassende Aufklärung und



Transparenz kann kein verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden“, sagte Nancy Faeser, „die Angehörigen brauchen endlich Antworten auf die vielen quälenden Fragen, die sich Ihnen seit über einem Jahr stellen und die mit jedem Medienbericht, der neue Details beschreibt, drängen-der werden.“

NSU 2.0: AUFKLÄRUNG KOMMT NICHT VORAN

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

Der Umgang vom Innenminister mit dem „NSU 2.0“ und Seda Başay-Yıldız ist unterirdisch.

GÜNTER RUDOLPH



In der noch immer schwebenden Affäre um die NSU-2.0-Drohbriefe hat der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, seine Kritik an Innenminister Peter Beuth erneuert. In einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde nannte Rudolph den Umgang insbesondere des Innenministers mit der Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız „unterirdisch“. „Vor zweieinhalb Jahren hat Frau Başay-Yıldız das erste Drohschreiben vom selbsternannten ‚NSU 2.0‘ bekommen, dem weitere widerwärtige Drohungen gefolgt sind – das letzte Schreiben dieser Art ging bei ihr Anfang dieses Monats ein. Wir wissen alle, dass die Privatadresse von Frau Başay-Yıldız, die in den meisten Datensätzen gesperrt ist, von einem Dienstcomputer der Frankfurter Polizei abgefragt wurde. Das muss man aufklären“, forderte Rudolph. Im Sommer letzten Jahres habe der Innenminister großspurig angekündigt, dass ein Sonderermittler die bisherigen Ermittlungen zu den Drohmails analysieren und mit einem neuen Blick auf die neuen Ermittlungsansätze einbringen werde. Im März 2021 gebe es

nach über zweieinhalb Jahren immer noch keine Ermittlungsergebnisse. Rudolph kritisierte außerdem, dass das Innenministerium die Übernahme der Kosten für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen im Umfeld von Frau Başay-Yıldız abgelehnt habe. „Das alles ist ein ungeheuerlicher Vorgang, für den der Innenminister die Verantwortung trägt“, so das Urteil des Parlamentarischen Geschäftsführers.

FÖRDERUNG FÜR KÜNSTLERINNEN

„Ein Stipendienprogramm für Frauen in der Kunst ist längst überfällig und notwendig, um ihre Werke und ihre Teilhabe an Kultur und Kulturinstitutionen stärker sichtbar zu machen. Es ist vor allem notwendig, um sie besser zu unterstützen“, machte Dr. Daniela Sommer in einer Aktuellen Stunde zu einem Stipendienprogramm für Künstlerinnen deutlich. Zweidrittel der Absolventen an Kunsthochschulen seien weiblich und deshalb müsse es auch selbstverständlich sein, Frauen bei der Umsetzung ihrer Ideen und Projekte finanziell zu unterstützen. „Die Lohnlücke im Bereich der Kunst und Kultur muss dringend geschlossen werden. Das Land muss als Trägerin von Einrichtungen endlich selbst tätig werden“, forderte Sommer. Die Not in der Kulturszene sei groß, es gebe zahlreiche Rückmeldungen dazu, wie schwierig es sei, Stipendien und andere Hilfen zu erhalten. „Wie immer werden in Hessen



AL-WAZIR BACKT BEIM „GROSSEN FRANKFURTER BOGEN“ GANZ KLEINE BRÖTCHEN

In der Debatte zum „Großen Frankfurter Bogen“ erklärte die wohnungsbaupolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Elke Barth, ihre Kritik an dem schwarzgrünen Marketingprojekt. „Die Mieten im Rhein-Main-Gebiet steigen fast ungebremst weiter. Und statt einer Lösung bietet der Wirtschaftsminister, der sich nebenbei auch um das Wohnen kümmern muss, eine groß angelegte Marketingkampagne an. Vor eineinhalb Jahren hat er also den großen Frankfurter Bogen erfunden – und seither ist nicht viel passiert. Und wir sehen: Man kann Probleme nicht mit den Mitteln des Marketings lösen, denn irgendwann kommt die Wahrheit heraus“, so Barth. Sie kritisierte die aus ihrer Sicht zu eng gefassten Bedingungen für den „Frankfurter Bogen“. Nicht viele Vorhaben könnten die vielen Kriterien erfüllen. „Hier gilt: Weniger Auflagen schaffen mehr Wohnungen“, sagte Barth.



RECHTSEXTREMISTISCHE STRAFTATEN GESTIEGEN

KRIMINALSTATISTIK

Die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2020 bietet aus Sicht der SPD-Fraktion keinen Anlass zu der Selbstzufriedenheit, die der Innenminister bei der Vorstellung des Zahlenwerks an den Tag gelegt hat. In der Plenardebatte wies der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph darauf hin, dass der Rückgang der Straftaten um insgesamt 6,1 Prozent vor allem der Corona-Pandemie geschuldet sei, nicht der Amtsführung des CDU-Innenministers. „Die Zahl der Wohnungseinbruchs-Diebstähle ist um mehr als ein Viertel und die der Fälle von Straßenkriminalität um immerhin rund vier Prozent gesunken – aber das ist keine Überraschung. Denn wo die Menschen im Lockdown zu Hause bleiben,



wird nicht eingebrochen. Wer nicht auf die Straße geht, wird nicht überfallen. Wir sehen hier einen Pandemie-Effekt, keinen politischen Erfolg“, machte Rudolph deutlich. Andere Delikte seien deutlich angestiegen: So registriere die Statistik eine deutliche Zunahme der Fälle von häuslicher Gewalt und der Internetkriminalität. Geradezu dramatisch sei der Anstieg bei den Delikten im Bereich der Kinderpornographie: „Kinderpornographie gehört zu den widerwärtigsten Straftaten, die man sich vorstellen kann. Dass die Zahl der bekannten gewordenen Fälle in diesem Bereich seit Jahren steigt, lässt befürchten, dass dieser Kriminalitätsbereich noch viel größer ist, als es die Statistik abbildet. Wir fordern

deswegen schon lange eine Dunkelfeldstudie, um die tatsächliche Dimension des Problems einschätzen zu können.“ Als bedrohlich bezeichnete Rudolph außerdem die Zunahme der politisch motivierten Straftaten um mehr als die Hälfte. Außerdem seien die Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte erneut gestiegen. „Wenn in einem Jahr wie 2020, in dem das öffentliche Leben wegen des Corona-Virus über Monate heruntergefahren war, 4.000 derartige Übergriffe zu verzeichnen sind, dann ist das ein Alarmzeichen. Da sind offensichtlich grundlegende Maßstäbe von Respekt und Anstand ins Rutschen geraten. Diese Entwicklung müssen wir gemeinsam stoppen“, machte Rudolph deutlich. Angemessen und gerechtfertigt wäre eine Anerkennungsprämie für Polizei und Feuerwehr gewesen.

4,2 MILLIARDEN EURO STEUERGELDER VERZOCKT

ZINSDERIVATE



In der Debatte über den Bericht des Landesrechnungshofes zum Einsatz von Zinsderivaten durch das Land Hessen hat der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Marius Weiß, von einem Fass

ohne Boden gesprochen, in dem bisher schon 4,2 Milliarden Euro an Steuergeld versickert seien. „In der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses haben die Vertreter des Hessischen Rechnungshofes deutlich gemacht, dass der Verlust von 4,2 Milliarden Euro durch den Einsatz sogenannter Forward-Payer-Swaps bereits eingetreten und auch nicht mehr umkehrbar ist. Die Kritik von Seiten der Opposition und von Finanzmarktexperten an den riskanten Zinsgeschäften war mehr als gerechtfertigt. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen können sich

nun nicht mehr rausreden. Der Schaden für die hessischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist schon eingetreten“, machte Weiß deutlich. Hessen habe nach Feststellung des Rechnungshofes aufgrund der jahrzehntelangen Zinsbindung vom niedrigen Marktzins nur eingeschränkt profitieren können. Zudem sei durch den Abschluss zahlreicher Forward-Vereinbarungen mit einem großen Gesamtvolumen, einer langen Laufzeit und einem ähnlichen Zinsniveau letztlich eine Anhäufung von Risiken erst selbst geschaffen worden.

TARIFTREUE- UND VERGABEGESETZ ENTÄUSCHT

Die Novellierung des Hessischen Tariftreue- und Vergabegesetzes kritisierte die vergabepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Elke Barth, als enttäuschend. „Der Wunsch nach einem schlankeren Gesetz darf nicht dazu führen, dass der eigentliche Sinn, nämlich die Gewährleistung von Tariftreue und fairen Löhnen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, auf der Strecke bleibt. Bei der schwarzgrünen Novellierung des Tariftreue- und Vergabegesetzes ist das aber leider der Fall“, so Barth. Die Koalition habe mit ihrem Entwurf mehrere Chancen verpasst. So finde sich darin weder ein Landesmindestlohn, noch seien die neuen Möglichkeiten des Arbeitnehmerentsendege-



setzes für eine echte allgemeine Tariftreue genutzt worden. Auch verbindliche Vorgaben für ökologische und soziale Standards sowie eine Begrenzung von Subunternehmerketten seien nicht in das Gesetz aufgenommen worden. „Wir als SPD-Fraktion hatten eine entsprechende Prüfbehörde gefordert, damit die Tariftreue künftig gewährleistet werden kann. Schwarzgrün widmet sich jedoch lieber dem halbherzigen Versuch, anhand von Sozialkassenbescheinigungen Tariftreue und legale Beschäftigung nachzuweisen“, kritisierte Barth. Damit können kein Lohndumping und Niedriglöhne bekämpft werden, zeigte sich Barth enttäuscht von der Novelle.

LOHNUNGLEICHHEIT

Der veröffentlichte Hessische Lohnatlass zeigt, dass zu wenig für die Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern getan wird und die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu groß ist, so die Kritik von Nadine Gersberg. Frauen in Deutschland seien hochqualifiziert, hätten bessere Schul- und Hochschulabschlüsse als ihre männlichen Kollegen. „Selbst in hessischen Ministerien finden sich zu wenige Frauen in den mittleren und oberen Führungsetagen“, kritisierte die frauenpolitische Sprecherin. Zur Schließung der Lohnlücke brauche es mehr als Kleinstmaßnahmen und Verweise auf den Bund. „Dafür brauchen wir in Hessen eine kleine Revolution. Dafür müssen in den hessischen Ministerien und landeseigenen Gesellschaften verpflichtende Zielquoten auf allen Ebenen, insbesondere in den Führungsetagen her. Und dafür müssen Führungsstellen auch geteilt werden können“, sagte Gersberg. Die Landesregierung müsse in dieser Frage mit gutem Beispiel vorangehen, was sie aktuell nicht mache.



ANKÜNDIGUNGEN SIND KEINE LÖSUNG

In der Debatte zur Stärkung des ländlichen Raums kritisierte Knut John Schwarzgrün für ein idealisiertes Bild von den Lebensbedingungen auf dem Land. „Wenn Schwarzgrün über das Landleben spricht, dann geht es um glückliche Kinder von gutverdienenden Eltern und um glückliche Kühe von nachhaltig wirtschaftenden Biobauern“, sagte John, „aber das Eine wie das Andere ist die Ausnahme.“ Der so genannte „Aktionsplan“ für die ländlichen Regionen bestehe aus einem Strauß bunter Ankündigungen und lasse konkrete Projekte vermissen.

„Das ist ein Alibi-Plan, der dem Ernst der Lage in vielen Regionen nicht gerecht wird. Wir brauchen Lösungen – für die Gesundheitsversorgung, die bröckelt; für das schnelle Internet, das fehlt; für den ÖPNV, der lückenhaft ist; für die wirtschaftliche Entwicklung, die den Ballungsräumen hinterherhinkt; für die Finanzen der kleinen Städte und Gemeinden, die desaströs sind“, forderte John. Die CDU, die seit über 20 Jahren den Ministerpräsidenten in Hessen stelle, habe konsequent nichts getan gegen das Auseinanderdriften von Stadt und Land, so John.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Kunkel,
Martina Häusl-David,
Luisa Neurath